



BÜRGER*INNENBÜRO VON MDL JANINA PFAU IN OELSNITZ ERÖFFNET

Am 17.08.2015 wurde das Bürger*innenbüro unser Landtagsabgeordneten Janina Pfau feierlich eröffnet.

Das Büro befindet sich am Markt 3, im 2.Stock des Gebäudes. Behindertenparkplätze direkt vor der Tür und abgesenkte Bordsteine sowie ein Fahrstuhl ermöglichen den barrierefreien Zutritt in die Räumlichkeiten. Geöffnet wird das Büro jeweils dienstags und donnerstags von 10 bis 12 und 13 bis 16 Uhr sein.

Die beiden Mitarbeiter Elke Jacob und Lars Legath stehen für alle Fragen und Anliegen zur Verfügung und somit ist das neue Büro ein Anlaufpunkt für alle Bürgerinnen und Bürger auch im oberen Vogtland. In regelmäßigen Abständen wird die Abgeordnete persönlichen Bürgersprechstunden anbieten.

Die Termine werden immer zeitnah auf ihrer Internetpräsenz www.janina-pfau.de veröffentlicht. Gerne kann auch unter bb-pfau@linksfraktion-sachsen.de oder 037421 187878 ein persönlicher Termin vereinbart werden.

aus dem	Selbstständige beziehen Hartz IV	S. 2
Inhalt:	DIE LINKE: Partei für alle?.....	S. 3
	Stolperstein beschmiert.....	S. 4
	Die schönen Seiten des Vogtlands.....	S. 5

DIE LINKE.



© Berthold Bronisz / pixelio.de

Die Zahl der Selbständigen ohne Beschäftigte, sogenannte Solo-Selbständige, ist seit dem Jahr 2000 deutlich angestiegen, von 1,84 Millionen (Sachsen: 79.400) auf 2,34 Millionen (Sachsen: 127.900) im Jahr 2013. Mittlerweile gibt es deutlich mehr Solo-Selbständige als Selbständige mit Beschäftigten. Deren Zahl lag im Jahr 2013 bei 1,87 Millionen (Sachsen: 83.500), 2000 waren es 1,8 Millionen (Sachsen: 92.700). Solo-Selbständige verfügen nur über ein unterdurchschnittliches Einkommen. Im Jahr 2013 lag ihr monatliches Nettoeinkommen im Durchschnitt deutschlandweit bei 1.452 Euro, in Ostdeutschland mit 1.246 Euro deutlich niedriger (Sachsen 2013: 1.149 Euro). Selbständige mit Beschäftigten verfügten im Jahr 2013 hingegen über ein monatliches Nettoeinkommen von deutschlandweit 2.614 Euro (Sachsen: 1.866 Euro), abhängig Beschäftigte über 1.511 Euro (Sachsen: 1.275 Euro). Die Zahl der Selbständigen, die ergänzendes Arbeitslosengeld II erhalten, ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Bezogen im Jahr 2007 66.910 Selbständige Hartz IV-Leistungen, waren es 2014 117.904. In Sachsen waren es im Februar 2015 10.469. Dies geht aus den Antworten des Statistischen Bundesamtes und des Statistisches Landesamtes auf entsprechende Anfragen von mir hervor.

Der Weg in die Selbständigkeit ist für viele auch ein Weg in eine prekäre Tätigkeit, von der man nicht leben kann. Insbesondere bei Solo-Selbständigen ist die Selbständigkeit auch Ausdruck zu weniger sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze oder auch eines Outsourcings von Unternehmen. Oft war die Entscheidung zur Selbständig-

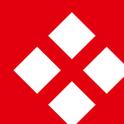
keit keine freiwillige. Durch die Einführung der Förderung als sogenannte Ich AG im Zuge der Hartz-Gesetze wurde die Solo-Selbständigkeit als Allzweckwaffe gegen Arbeitslosigkeit auserkoren, die für viele in einer Sackgasse endete. Grundsätzlich fühlen sich viele Selbständige allein gelassen mit ihren Problemen und zu wenig gefördert. Hier ist die Bundesregierung gefordert, vor allem für kleine Selbständige bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, was insbesondere auch die Verbesserung der Einkommenssituation betrifft.

Ein großes Problem ist zudem die soziale Absicherung. Offensichtlich geht die Bundesregierung wie selbstverständlich davon aus, dass es sich bei Selbständigen um Gutverdiener handelt. So beträgt der Mindestbeitrag in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung um 360 Euro, da von einem Einkommen von über 2.000 Euro ausgegangen wird, was viele Solo-Selbständige und Kleinunternehmer gar nicht erreichen. Ebenso problematisch

ist, dass viele Selbständige nicht in gesetzliche Altersversorgungssysteme einbezogen sind und sich eine private Altersvorsorge nicht leisten können. Altersarmut ist hier vorprogrammiert. Die Regelungen zur Arbeitslosenversicherung für Selbständige schließen viele Betroffene aus, da der Zugang zu restriktiv ist und die Beiträge oft nicht aufgebracht werden können.

Zur besseren sozialen Absicherung Selbständiger muss die Bundesregierung verschiedene Maßnahmen ergreifen, unter anderem den Beitrag zur Krankenversicherung für Geringverdiener reduzieren, die einkommensorientierte Einbeziehung in die gesetzliche Rentenversicherung, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung am realen Einkommen orientieren sowie diese für weitere Gruppen von Selbständigen öffnen.

Sabine Zimmermann, MdB



Wir brauchen wirklich eure Artikel!

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
23. September 2015

Sendet uns eure Beiträge an:

redaktion@dielinke-vogtland.de

DIE LINKE KANN NICHT "PARTEI FÜR ALLE" SEIN!

Das soll sie auch nicht!

Mitglieder der Regionalgruppe Vogtland der LAG Hartz IV haben gemeinsam mit Mitgliedern des Ortsverbandes Göltzschtal einen zweiten Antrag an den 12. Parteitag eingereicht: Wir beantragen, dass folgender Satz aus dem Leitantrag gestrichen wird:

"DIE LINKE.Sachsen sollte den Anspruch haben, Partei für Alle zu sein."

In der Antragsbegründung schreiben wir:

"Eine politische Partei kann in einer Gesellschaft, die durch Klassengegensätze geprägt ist, nicht Vertreter aller, also auch aller Klassen sein: DIE LINKE Sachsen - genauso wie DIE LINKE anderer Bundesländer - kann nicht für soziale Gerechtigkeit kämpfen und gleichzeitig die Interessen derer vertreten, die die sozialen Ungerechtigkeiten auslösen: die Verursacher von Ausbeutung und Unterdrückung, von prekärer Arbeit und prekärem Leben. Es darf nicht sein, dass eine so unparteiische Aussage von einer progressiven Partei, die für eine sozial gerechte Gesellschaft eintritt, in einem Grundsatbschluss getroffen wird.

Die Forderung an DIE LINKE, Partei für alle zu sein, ergibt sich auch nicht logisch aus dem Textzusammenhang des Leitantrages: Im Kontext werden für Quereinsteiger in linke Politik gleiche Chancen gefordert wie für die, die sich "hochgedient" haben."

Im Text des Leitantrages ist die Forderung, DIE LINKE möge Partei für alle sein, zwar nur die zu wenig überlegte Verallgemeinerung einer berechtigten Forderung: Vor allem Jüngere wünschen - so heißt es im Leitantrag - dass Politik ein sinnvolles Hobby, eine spannende Freizeitbeschäftigung sein soll. Sie fordern, dass auch jenen Beteiligungsräume angeboten werden, denen Gremienarbeit zu staubtrocken ist und sie können sich vorstellen, dass Gremien zu Anlaufstellen hin entwickelt werden. Das eine - das Hochdienen - dürfe nicht gegen das Andere - das Quereinsteigen - gestellt werden. "Wir brauchen den Mut zu Beidem". Das ist richtig und notwendig, begründet aber bei weitem nicht die Forderung an die LINKE, Partei für alle zu sein.

Das Problem besteht aber vor allem darin, dass die Forderung, Partei für alle zu sein, tatsächlich von einigen gestandenen Genossinnen und Genossen vertreten wird, auch im Zusammenhang mit folgenden Positionen: die sächsische CDU hat eine gute Politik gemacht, die übergroße Mehrheit unserer Bevölkerung ist mit der Politik der CDU zufrieden. Die Linkspartei muss sich an die Zufriedenen wenden, Demonstranten von Pegida, Legida u.a. sind keine Unzufriedenen, sondern Nazis. DIE LINKE müsse Politik für alle machen, auch für Millionäre, denn die brauchen wir als Investoren und Spender.

Mit der Veröffentlichung des Leitantrages bittet der Landesvorstand ausdrücklich um eine breite Debatte zum Antrag (Beschluss B 4 - 314 vom 14.07.2015). Die Frage, für wen DIE LINKE Politik machen soll, muss unbedingt Bestandteil dieser Diskussion sein. Und daran sollte sich dringend auch die Basis beteiligen!

Dr. Dorothea Wolff - Auerbach

ANGRIFF AUF FLÜCHTLINGSUNTERKUNFT IN PLAUE

In der Nacht von Montag, dem 24.08. zu Dienstag, dem 25.08. zwischen 3 und 4 Uhr kam es in Plauen zu einem Angriff auf die Asylbewerber_Innenunterkunft in der Kasernenstraße. Weder von Seiten der Polizei, noch von der Heimleitung wurden Informationen an die Öffentlichkeit gegeben. Erst am darauffolgenden Abend erfuhren antirassistische Initiativen durch einige Geflüchtete von dem Vorfall, woraufhin sie die Heimleitung kontaktierten und Medienvertreter_Innen auf die Situation ansetzten, um gesicherte Informationen zur Art des Angriffes zu erhalten.

Dabei ergab sich folgendes Bild: Laut Polizeiangaben hätten sechs Personen, welche dem rechten Spektrum zuzuordnen sind, vor der Unterkunft rassistische Parolen skandiert. Als sich

die Angreifer mit den Securites anlegten, informierten diese die Polizei, welche daraufhin, etwa um 3:30 Uhr, mit fünf Einsatzfahrzeugen herbeieilte, die Identität der Personen feststellte und Platzverweise erteilte. Auf Anfrage bei der Heimleitung relativierte diese den Vorfall mit den Worten, dass es sich lediglich um „besoffene Leute (handelt), die ihren Quark loswerden wollten“.

Nachdem Kontakt zu den betroffenen Geflüchteten aufgenommen wurde, zeichnete sich jedoch ein weitaus erschreckenderes Bild ab. Sie berichteten uns von einem Autokorso, bestehend aus bis zu zehn Autos und etwa 30 bis 50 Nazis, welche sowohl die Unterkunft, als auch die Geflüchteten mit Flaschen und Steinen attackierten. Die Geflüchteten

verbarrikadierten sich daraufhin in der Unterkunft, Verletzte gab es nach Eigenangaben nicht. Uns wurde berichtet, dass die Polizei nach Eintreffen ebenfalls in eine Auseinandersetzung mit den Angreifern geriet. Zeugenaussagen der Betroffenen wurden nicht aufgenommen. Bei der Zahl von sechs Personen, die laut offiziellen Angaben an dem Angriff beteiligt waren, handelt es sich lediglich um die festgesetzten Rassist*Innen, die nicht schnell genug entkommen konnten.

Wir fordern eine lückenlose Aufklärung und Berichterstattung über die Geschehnisse.

Die Antifaschistischen Gruppen des Vogtlandes (AGV) und der Refugee Support Plauen (RSP)

SERVICE AN DER PÖHL VERGRAULT TOURISTEN

Die Kreuzworträtselreunde unter der Leserschaft werden den Begriff „Xanthippe“ sicherlich kennen;

Im 5. bis frühen 4. Jahrhundert v. Chr. litt der griechische Philosoph Sokrates unter seiner angetrauten Ehefrau Xanthippe, Diese ist als Inbegriff des zänkischen Weibes in die europäische Literatur eingegangen. Ihr Name wird oft sprichwörtlich gebraucht und steht dann für eine übellaunige, streitsüchtige Frau.

An der Schiffsanlegestelle der Talsperre Pöhl begegneten Touristen, die Karten für eine Fahrt auf der Pöhl kaufen wollten, einer Angestellten, sich die diesen Namen „redlich verdient“ hat.

Am 21. Juni kam ein gebürtiger Plauen-

ner mit elf Personen aus Bayern an die Talsperre, um mit dem Schiff zu fahren. Sie waren um 13.30 Uhr an der Anlegestelle und wollten Karten für das Schiff um 14 Uhr haben. Leider hat das nicht geklappt, da die Angestellte sehr unfreundlich zu den Gästen war und immer nur telefonierte.

Sie wollten unter Deck, da es immer mal regnete. Aber unten war es voll, und man bot ihnen oben Platz an. Sie wollten aber an Bord Kaffee trinken und nicht durch den Regen ersaufen. Deshalb wollten sie gleich Karten kaufen für das nächste Schiff um 15.30 Uhr. Auch das lehnte die Dame ab und sagte, an anderen Stellen würden auch Leute zusteigen und wir sollten eine Stunde vorher wieder kommen. Um woanders in der Zwischenzeit Kaffee

zu trinken, war die Zeit zu knapp. Wutentbrannt und enttäuscht zogen die bayerischen Besucher von dannen. (Quelle: Leserbrief FP v. 25.07.2015)

Der Talsperrenverwaltung Pöhl ist durch die Abreise der Gäste ein Betrag von mindestens 200 Euro entgangen. Es ist nicht zu erwarten, dass die so vom Personal der Talsperre Pöhl verärgerten Gäste jemals wiederkommen. Das Personal sollte schnell begreifen, dass Touristen ihren Lohn erwirtschaften oder den Beruf wechseln. So kann man den Fremdenverkehr beziehungsweise den Tourismus nicht fördern und dieser Umgang mit den Besuchern wirft ein schlechtes Licht auf unser schönes Vogtland!!!

Dieter Riedler - Leubnitz

immer einen Besuch wert:

www.dielinke-vogtland.de

STOLPERSTEIN MIT FARBE ÜBERGOSSEN

"Das ist kein Dummer-Jungen-Streich", stellt Nanne Wienands fest. Sie ist Sprecherin der VVN-BdA Hof Wunsiedel. Folgende Fakten sind offensichtlich:

Hans Merker, der Hofer lebte von 1904 bis 1945, war erst SPD-, dann KPD-Mitglied. Für ihn wurde der erste Stolperstein in Hof verlegt. Er war wegen seiner kommunistischen Gesinnung und seinen Aktivitäten Jahre seines Lebens in Konzentrationslagern eingesperrt und wurde im Januar 1945 ermordet. Sein Grab befindet sich gemeinsam mit denen von Ewald Klein und Philipp Heller auf dem Hofer Friedhof. Dank zahlreicher Presseveröffentlichungen über Stolpersteine allgemein und dank der umfangreichen Berichterstattung über die erste Stolperstein-Verlegung in Hof Ende Juli 2015 sollten alle interessierten Bürgerinnen und Bürger die Bedeutung dieser kleinen, aber auffallenden Mahnmale erkannt haben.

"Aber offenbar gibt es Zeitgenossen, die immer noch der Meinung sind, dass Unrecht nicht Unrecht genannt werden darf," so Wienands. Da das Projekt der Hofer Stolperstein-Verlegung auf die Arbeit einer Gruppe von Hofer Gymnasiasten zurückgeht, wird mit der Schmiererei nicht nur die Erinnerungsarbeit, sondern auch die Bildung, das Engagement und die Persönlichkeitsentwicklung von jungen Menschen in Frage gestellt.

"Eigentlich ist der Vorgang in seiner Konsequenz ein Aufruf dazu, wirklich alle Opfer des Naziregimes durch Stolpersteine oder durch andere Hinweise - wie z. B. beim Bernhard Lichtenberg Platz geschehen - deutlich kenntlich zu machen und zu ehren. Es waren nicht wenige Personen aus unserer Region, die von den Nazi-Schergen in Zuchthäuser und Konzentrationslager gesperrt wurden und zu Tode kamen. Männer und Frauen, Widerstandskämp-

fer, Mitbürger mit einem anderen Glauben oder Menschen mit Behinderungen, sogar Soldaten, die im 1. und 2. Weltkrieg mit Behinderungen nach Hause entlassen worden waren, wurden deportiert und ermordet," so die VVN-BdA-Vorsitzende. "Wir werden dazu nicht schweigen".

Nanne Wienands - Hof

"HILFS"-PAKET ODER MOGELPACKUNG?

"Der Grieche hat jetzt lange genug genervt..."

So der "Deutsche" CDU-Vize Thomas Strobe. "Der Grieche" - ist heute so etwas wie es - wie ich mich noch ganz gut erinnere - damals "der Franzos" - und später dann "der Russe" war.

Nach wie vor Ausdruck nationaler Überheblichkeit von jenem "Deutschland, Deutschland..." - nein leider nicht im Sinne von Kurt Tucholsky "unter anderen". Sie wissen schon.

Nunmehr wurde abgestimmt zu diesem - ja: warum eigentlich "Hilfspaket für Griechenland?".

Wem überhaupt hilft es? Gehen doch die Milliarden fast vollständig in die Rückzahlung der von der deutschland-genehmen konservativen Vorgängerregierung verursachten Schulden und der Rettung von Banken, die sich an ihrer Gier überfressen hatten. Ihnen einzig wird geholfen. Und ausgerechnet (?) Deutschland profitiert doppelt: Hatte doch eben die Griechenlandkrise gerade mal satte 100 Milliarden durch seltsame Finanzaktionen zu Lasten deutscher Sparer in Schäubles Kassen gespült. Und dies durchaus nicht alles: Da die Griechen zu diesem Knebelvertrag erpresst wurden, müssen sie ihr verbliebenes "Tafelsilber" nun auch noch "verscherbeln". Eine europäische Treuhandkommission wird die Vermarktung bisher staatlichen Eigentums vornehmen. ("Treu"hand - Sie werden sich erinnern - hatten wir schon einmal: Da wurden Milliarden an Volksvermögen durch Betrug und Korruption in Milliarden Staatsschulden umgewandelt.)

Und im Boot - ganz vorn in der ersten Reihe - das deutsche Staatsunternehmen Fraport - das sich bereits die Ansprüche auf die 14 profitablen Flughäfen zum Dumpingpreis von gerademal einer guten Milliarde "unter den Nagel" gerissen hat. Die restlichen 30, die keinen Gewinn machen und subventioniert werden müssen, dürfen die Griechen "gern behalten". Wie großzügig!

Nun hatten sie ja auch nicht so ganz

freiwillig den enormen sozialen Kürzungen, die zumal vorrangig die arme Bevölkerung betrafen, zugestimmt. Hatte doch Tsipras mit seiner Syriza den ehemaligen Finanzminister Varoufakis mit Klugheit, Übersicht und Weitblick geopfert. Des Kredites wegen war es am Ende doch nichts anderes als ein Knebelvertrag. Eine Erpressung. Dürfte doch die demokratische Entwicklung in Griechenland nicht gar Vorbild werden für Spanien, Italien und wo sonst noch. Musste also weg, die Linksregierung. Das hatten sie längst "klargestellt", die Merkel, Schäuble und Co.

Nun sind diese - nicht so überraschend viele Nein-Stimmen unterschiedlich einzuordnen. Während 63 sogenannte "Abweichter" der Union (Unwort des Jahres?) ihrem Häuptling Kauder die Gefolgschaft verweigern, waren 17 Weitere aus Angst vor seinen Drohungen bei "Befehlsverweigerung" erst gar nicht erschienen. Gemeinsam indes war ihnen dies: diesen widerborstigen, unangepassten faulen Griechen klarzumachen, wer im "gemeinsamen" Haus Europa das Sagen hat. In deutscher Sprache natürlich.

Da hat die Linke natürlich mit ihrer Ablehnung einen völlig entgegengesetzten Ausgangspunkt: Es handelt sich um einen abgepressten Knebelvertrag - allein zu Lasten des griechischen Volkes. Der Demütigung eines Volkes, das doch immerhin die Demokratie nicht nur erfunden - sondern in ihrer Volksabstimmung gegen das Spardiktat auch bewiesen hat. "Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker", so hatte es uns einst Che Guevara gelehrt. Davon ist dann ja in der sogenannten Europäischen Union - von einem gemeinsamen Europa - eher wenig spürbar. Ist es doch ein durch den Euro momentan noch zusammengehaltener Haufen von Ländern unterschiedlicher Auffassungen und Interessen unter der Dominanz deutscher Politik, die daran auch keinen Zweifel lassen, und als vorrangig Exportstaat davon bestens profitiert. Und dies auf Kosten der ärmeren, vorwiegend südeuropäischen Länder.

Und manchmal gar schäme ich mich für dieses, mein (???) Land. Und so halte ich es, zumal in Sachen Griechenland, doch eher mit Sabine Zimmermann (MdB), wenn sie meint: "Dem griechischen Volk wird drastischer Sozialabbau verordnet, die Banken und Reichen aber werden gerettet. Statt Kürzungen und Privatisierungen braucht Griechenland ein Investitionsprogramm, um das Wachstum anzukurbeln."

Jürgen Böhm - Schöneck

DIE SCHÖNEN SEITEN DES VOGTLANDES

In vielen Kommunen haben sich in den letzten Monaten Projekte gebildet, welche den Flüchtlingen ein Leben und Beschäftigung fern ab der Asylbewerberheime ermöglichen. Doch leider sind es andere Bilder, welche die Berichterstattung über Sachsen in den letzten Wochen geprägt haben. Grölende Rassist*innen, Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte sowie verbale und körperliche Angriffe auf Geflüchtete sind beinahe an der Tagesordnung.

Um so erfreulicher, dass es zwei Projekte für Flüchtlinge aus dem Vogtland bundesweit in die Medien geschafft haben. Eigentlich sollte es nur ein Beitrag für die mitteldeutschen Medien werden. Doch wie aus dem Nichts schaffte es das Integrationsteam „1903% Respect“ des VFC Plauen und der „Refugee-Garten“ in Plauen als Vorbild und Bestärkung für die Flüchtlingsarbeit auch bundesweit in verschiedene Zeitschriften und Videobeiträge. Beinahe täglich schwirrten neue Beiträge durch das Netz und machten nebenbei auch deutlich, dass jeder der Geflüchteten eine eigene, ganz bewegende Geschichte hat.

Endlich zeigte sich das Vogtland und damit auch Sachsen wieder einmal von seiner schönen Seite!

Lars Legath - Plauen

VERGESST UNS NICHT!

Vor 70 Jahren ging die grausame Herrschaft der deutschen Faschisten zu Ende. Tausende und abertausende markierten ihre Blutspur durch Europa. Seit 1945 erinnern Antifaschisten alljährlich am zweiten Sonntag im September an die unmenschlichen Verbrechen und erneuern die Mahnung „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) führt am Sonntag, dem 13. September 2015 zwei Gedenkveranstaltungen durch:

- in Plauen, auf dem Hauptfriedhof am Mahnmal für die Opfer des Faschismus um 10.00 Uhr
- in Lengenfeld, an der Gedenkstätte Walkmühlenweg, 10.00 Uhr

Wir wollen unsere Stimme erheben gegen Krieg und Gewalt, für Menschlichkeit und Frieden, für Zuspruch und Hilfe den Menschen, die vor Krieg und Verfolgung ihre Heimat verlassen müssen. Wir laden die Vogtländer herzlich zur Teilnahme an diesen Treffen ein.

VVN-BdA Vogtland

FORDERUNGEN DES DGB ZU HARTZ IV

Abschaffung prekärer Beschäftigung (betr. Aufstocker)
Welche Forderungen unterstützen wir, welche nicht?
Vorlagebeschluss des Sozialgerichtes Gotha beim Bundesverfassungsgericht gegen Sanktionen bei Hartz IV

Wir laden Sie für den

14. September 2015

von 18.00 Uhr bis 19.30 Uhr
in den Klubraum der Auerbacher
AWG

Eisenbahnstr. 32
(Wohnblock hinter der
Geschäftsstelle der AWG im
Auerbacher Neubaugebiet)
zum Bürgerforum ein.

Es sprechen ein Vertreter/in
des DGB (angefragt) und
Mitglieder des Sozialforums
Göltzschtal.

Alle Betroffenen und sozial
engagierten Bürger sind herzlich
eingeladen!!!

MITGLIEDERVER- SAMMLUNG DES STADTVERBANDES PLAUE

Am 06.11.2015 findet im Haus Vogtland, Kasernenstr, 08523 Plauen (Behördenzentrum), die Mitgliederversammlung des Stadtverbandes Plauen statt. Beginn ist 17:00 Uhr. Thema: Wahl des Stadtvorstandes Plauen.

BÜRGERSPRECH- STUNDE

Für das direkte Gespräch mit Janina Pfau, MdL steht unsere Landtagsabgeordnete zu folgenden Bürgersprechstunden für Sie in ihrem Bürgerbüro zur Verfügung:

10.09.2015: 10:00 – 14:00 Uhr

22.09.2015: 10:00 – 14:00 Uhr

(um Terminabsprache wird gebeten)

Bürgerbüro MdL Janina Pfau
Markt 3, 08606 Oelsnitz/Vogtl.,
Tel: 037421/ 187878

Für alle Betroffenen wird nach vorheriger Absprache auch eine Hartz IV-Beratung im Bürgerbüro Oelsnitz/Vogtl. angeboten.

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare mit einem „Runden“ und jene, die über 80 Jahre jung werden:

Thomas Höllrich	Reichenbach	01.09.
Bärbel Hofmann	Bösenbrunn	19.09.
Helmut Stölzel	Reichenbach	22.09.
Margot Beger	Reichenbach	24.09.
W. Burkhardt	Plauen	28.09.
Erika Rott	Rodewisch	29.09.
Herbert Szogs	Auerbach	01.10.
Edith Pauli	Reichenbach	05.10.
Waltraud Kulla	Zwickau	05.10.
Ilse Herzog	Netzschkau	07.10.
M. Steudel	Treuen	12.10.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote

INTERESSANT?!

„Rund 11% der Einwohner Deutschlands zwischen 16 und 74 Jahren hat noch nie das Internet genutzt. Das geht aus Daten von Eurostat (2014) hervor. Der EU-Durchschnitt liegt bei 18%.“
Quelle: Statistische Bundesamt

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20.08.2015, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 23.09.2015. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwahrend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.